

## »» NEWSLETTER ««

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 25. September 2026



Foto: Mathis Beutel

### In dieser Ausgabe

**Reform des  
Nachrichtendienstrechts**

**Digitale Briefftasche**

**Verbesserung des  
Netzausbaus und der  
Energieeffizienz**

**Stärkung der  
Altersvorsorge der  
kommenden  
Generationen**

**Wahlkreis: 685.000 Euro  
Bundesförderung für  
Salach**

## »»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen sind bitter für die Union. Sie müssen genauestens ausgewertet und vor Ort Lösungen gefunden werden. Dies wird eine Herausforderung werden, die gestemmt werden muss. Denn wir stehen vor immensen wirtschaftlichen Herausforderungen. Gleichzeitig löst dies Sorgen aus: um den eigenen Job, die Zukunft und die Frage, ob man auch später noch gut wird leben können. Vieles ist liegengeblieben in den vergangenen Jahren. Diese Koalition ist angetreten, um unserem Land mit grundlegenden Reformen den Aufschwung zurückzubringen. Unser Ziel: Wohlstand für alle Generationen.

Ein zentrales Reformvorhaben ist für uns die viel diskutierte Rentenreform – mit dem Ziel, das Rentensystem dauerhaft zu stabilisieren. Mit den vorgeschlagenen Verbesserungen bei der Rente geben wir insbesondere jungen Menschen die Perspektive, dass das Rentensystem auch für sie trägt. Erreichen wollen wir dies durch den flächendeckenden Einstieg in eine individuelle Kapitalrente nach schwedischem Vorbild.

Neben der Rentenreform sowie der Frühstartrente gehörten unter anderem die Reform der Nachrichtendienste, die Senkung der Energiesteuer (inkl. Umsatzsteuer) und geplante Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bis Ende 2026 um rund 2,5 Mrd. Euro durch Bund und Länder zu den Schwerpunkten der Sitzungswoche.

Weitere Informationen zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de).



Ihr Hermann Färber

## »»» REFORM DES NACHRICHTENDIENSTRECHTS

Wir stehen Tag für Tag im Fadenkreuz hybrider Bedrohungen: Cyberangriffe auf Unternehmen und Behörden, Sabotage an kritischer Infrastruktur, Spionage durch angeworbene Low-Level-Agenten, gezielte Desinformation zur Einflussnahme auf die Meinungsbildung in unserer Gesellschaft, GPS-Störungen im Schiffs- und Flugverkehr, Zerstörung unserer Unterwasser- Kommunikations- und Energieinfrastruktur, Drohnenüberflüge über unsere Flughäfen, Industrie- und militärischen Einrichtungen – alles im Kontext eines Angriffskriegs gegen ein Nachbarland, der inzwischen mehr als vier Jahre andauert und in seinen Auswirkungen auf unser tägliches Leben und unsere Freiheit allgegenwärtig ist.

Unsere Sicherheitsbehörden – allen voran die Nachrichtendienste – stellen sich als Instrument der Frühwarnung täglich diesen Herausforderungen. Ihr Ziel ist es, diesen Entwicklungen immer einen Schritt voraus zu sein, um jeglichen Schaden von uns abzuwenden.

Mit der 1. Lesung des Gesetzes zur Reform des Nachrichtendienstrechts erhalten der Bundesnachrichtendienst (BND) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als Antwort auf diese Bedrohungslage zeitgemäße Befugnisse, die es braucht, um dem Gegenüber auf Augenhöhe begegnen zu können und um mit der Leistungsfähigkeit relevanter europäischer Partnerdienste wieder Schritt zu halten. So, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Damit einher geht auch eine Weiterentwicklung der deutschen Kontrolllandschaft der Nachrichtendienste – ein Mehr an Befugnissen muss auch ein Mehr an Kontrolle nach sich ziehen. Die Ausweitung der Kontrolle erfordert eine Steigerung der Effizienz, wie es auch das Bundesverfassungsgericht fordert. Zukünftig soll die Kontrolle der Nachrichtendienste zentral durch den Unabhängigen Kontrollrat erfolgen, in dem erfahrene Bundesrichter über die Rechtmäßigkeit des nachrichtendienstlichen Handelns entscheiden.



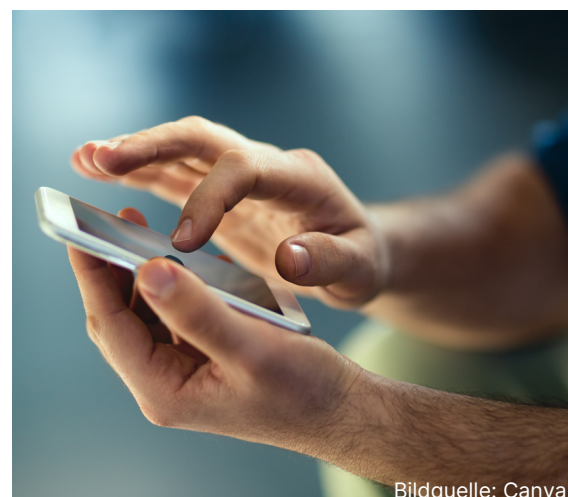
### Die Kernpunkte im Überblick

- BND und BfV sollen unter bestimmten Voraussetzungen auf informationstechnische Systeme von Bedrohungsakteuren zugreifen und technische Angriffsinfrastrukturen besser aufklären können.
- Der BND soll darüber hinaus in eng begrenzten Gefährdungslagen aktiv auf Bedrohungen einwirken dürfen – etwa um Opferdaten auf Systemen von Hackergruppen zu löschen, Server staatlicher Hackergruppen oder Desinformationsakteure abzuschalten oder unbrauchbar zu machen sowie in IT-Systeme etwa von Drohnenfabriken einzudringen, um deren Fertigung zu sabotieren.
- Hinzu kommen erweiterte Möglichkeiten der strategischen Datenspeicherung und -analyse, Rechtsgrundlagen für die Nutzung von KI und den biometrischen Bildabgleich sowie erleichterte Datenübermittlungen an andere Behörden.

## »»» DIE DIGITALE BRIEFASCHE FÜR JEDEN

In 1. Lesung haben wir diese Woche das so genannte Digitale Identitätengesetz (DIdG) beraten, mit dem wir die rechtlichen Voraussetzungen für die deutsche EUDI-Wallet schaffen, die künftig unter dem Namen „d-you“ angeboten wird. Ab 2027 wird dem Bürger ermöglicht, seine Identität und wichtige Nachweise sicher digital auf dem Smartphone vorzuhalten, um etwa den Personalausweis so europaweit einsetzen zu können. Damit vereinfachen wir Behördengänge, Bankgeschäfte und viele weitere digitale Prozesse und setzen zugleich die europäischen Vorgaben der eIDAS-Verordnung national um.

Entscheidend ist für uns, dass d-you sicher, datenschutzkonform, nutzerfreundlich sowie europäisch interoperabel ist und damit zu einem Meilenstein des digitalen Staates wird.



Bildquelle: Canva.

## VERBESSERUNG DES NETZAUSBAUS UND DER ENERGIEEFFIZIENZ <<<

Mit der Einbringung des Netzanlasspakets sowie der EEG-Novelle setzen wir unseren energiepolitischen Reformkurs fort. Das Netzanlasspaket wird den Stromnetzausbau und den Ausbau der erneuerbaren Energien besser aufeinander abstimmen. Erstmals berücksichtigen wir dabei die Netzsituation, steuern die Ansiedlung neuer Erneuerbaren-Anlagen regional und beenden die Situation, dass Anlagen wissentlich in bereits ausgelasteten Netzgebieten angesiedelt werden und so zusätzliche Abregelungen provozieren. Damit wollen wir auch Kosten begrenzen, denn die Redispatch-Kosten liegen bei mehr als drei Milliarden Euro.

Zusätzlich werden die Netzanlassverfahren grundlegend verbessert und beschleunigt. Künftig zählen klare Kriterien, digitale Verfahren und die effiziente Nutzung knapper Netzkapazität.

Mit der EEG-Novelle werden wir sicherstellen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter fortschreitet – aber mit weniger Subventionen, mehr Markt und mehr Verantwortung für das Gesamtsystem.

Dabei setzen wir auf alle erneuerbaren Energieträger: Solar-, Wind- und Bioenergie, Wasserkraft sowie Geothermie.

Insbesondere bei der Biomasse werden wir die Ausbauziele anheben und eine Anschlussperspektive schaffen. Da diese Anlagen nicht wetterabhängig sind, können sie entscheidend zur Versorgungssicherheit beitragen.

Obwohl der Entwurf grundsätzlich in die richtige Richtung geht, halte ich persönlich im weiteren parlamentarischen Verfahren Anpassungen für erforderlich.

## »»» STÄRKUNG DER ALTERSVORSORGE DER KOMMENDEN GENERATIONEN

Mit der Frühstartrente bringen wir ein wichtiges Vorhaben der Union an den Start. Rückwirkend zum 1. Januar 2026 stellen wir allen Kindern, die 2026 das sechste Lebensjahr vollenden, ab ihrem 6. Geburtstag monatlich zehn Euro zur Verfügung. Dieses Geld soll unter Anleitung der Eltern, und im Idealfall durch den Schulunterricht begleitet, am Kapitalmarkt investiert werden. In den nächsten Jahren kommen sodann sukzessive weitere Jahrgänge in die Förderung. Die Förderung endet mit dem 18. Geburtstag. Danach kann das Frühstart-Depot in ein reguläres Altersvorsorgedepot überführt und weiter bespart werden.

Doch selbst wenn das nicht passiert und weder vor dem 18. Geburtstag noch danach auch nur ein Cent hinzugezahlt wurde, können dank der jahrzehntelangen Investition Beträge von mehreren Zehntausend Euro zusammenkommen. Insbesondere mit Zuzahlungen und Fortführung im Erwachsenenalter kann die Frühstart-Rente zu einer echten Wohlstandsmaschine für die Generation unserer Kinder und Enkel werden.

## ➤➤➤ 685.000 EURO BUNDESFÖRDERUNG FÜR SALACH

Aus dem Bundesförderprogramm zur „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ (SKS) fließen 685.000,00 Euro an die Gemeinde Salach in unserem Wahlkreis Göppingen. Das hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am Mittwoch beschlossen. Konkret erhält die Gemeinde die Förderung für die Sanierung des Schachenmayr-Freibads.

Ich freue mich für die Gemeinde Salach über die Zuwendung der Fördermittel. Damit können nun unter anderem die dringend notwendigen Modernisierungen und Erneuerungen am Kombibecken und der Filteranlage des Kinderbeckens durchgeführt werden.



Bildquelle: Canva.

Insgesamt gingen etwa 939 Interessenbekundungen beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ein, das mit der Umsetzung des Bundesprogramms beauftragt ist. Mit einer beantragten Gesamtfördersumme von etwa 3,2 Milliarden Euro war der Projektauftrag fast 13-fach überzeichnet.

Mit den zusätzlichen 250 Millionen Euro ausschließlich für Schwimmbäder unterstützt der Bund gezielt Kommunen, dem Sanierungsstau wirkungsvoll zu begegnen. Schwimmbäder sind weit mehr als reine Sportstätten, denn sie sind Orte der Begegnung, der Gesundheitsvorsorge und des gesellschaftlichen Miteinanders. Hier lernen unsere Kinder schwimmen, hier findet Schul- und Vereinssport statt und hier kommen Menschen aller Generationen zusammen. Deshalb ist es richtig, dass der Bund bei der Sanierung und Modernisierung unterstützt. Wir wollen, dass Schwimmen und Schwimmunterricht auch künftig wohnortnah möglich bleiben.

### Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)